

Paxe nach Sylt

Bonner Spitzenbeamte und Politiker lassen sich am liebsten in komfortablen Luftwaffen-Jets chauffieren. Doch der Haushaltsausschuß des Bundestages will den Staatsdienern das teure Reisen verleiden.

Hans-Dietrich Genscher warb bei den Abgeordneten um Verständnis für seinen Aufwand. „Es ist nicht devoter Beamtenservice“, so ließ der Bundesinnenminister seinen Ministerialrat Günter Ermisch vor dem Haushaltsausschuß des Bundestages erklären, „sondern ich kann Ihnen bestätigen, daß die Reise des Herrn Ministers aus reinen Sicherheitsgründen von der Bundesluftwaffe versehen werden mußte.“

Doch die Parlamentarier blieben unverständlich. Genschers Trip in einer vierstrahligen Bundeswehr-Boeing 707 (Kosten pro Flugstunde: 4240 Mark) nach China, wo er im vergangenen Monat fünf Tage lang Umweltfragen, Luftschutz und Sport studierte, schien den Kontrolleuren des Bundesetats weniger ein Sicherheitsproblem und eher ein neues Beispiel für allzu teuren Staatstourismus der Regierenden.

Das Mißtrauen der Haushaltsprüfer kommt nicht von ungefähr. Aufgeschreckt durch einen SPIEGEL-Bericht (Heft 40/1973) über den zunehmenden Hang von Ministern, Abgeordneten und Spitzenbeamten der Bonner Republik, Dienstreisen und Privatausflüge immer häufiger mit dem teuren und komfortableren Staats-Jet statt mit weitaus preiswerteren Linienmaschinen oder gar per Bahn oder Auto zu bewältigen, hatte sich der Ausschuß Einsicht in die Flugbücher der zivilen Luftflotte

des Verteidigungsministers Georg Leber verschafft. Das Ergebnis dieser Einsicht diskutierten die Ausschußmitglieder zwei Stunden lang hinter verschlossenen Türen.

Ihr Fazit: Die Regierungsflugzeuge sind „mehr und mehr zu Prestigebaggern geworden“ (FDP-MdB Hans-Günter Hoppe). Hoppe laut Protokoll: „Jeder hat geglaubt, er könne nicht nur, sondern er müsse sich auch dieser Mittel bedienen, um sich dadurch in seiner Stellung hier im Staat richtig auszuzeichnen und zu präsentieren.“

1082mal, so wiesen die Flugbücher der Hardthöhe aus, kutschierten die Leber-Airlines allein in den ersten neun Monaten dieses Jahres Ministerialräte und Minister, Generale und namentlich nicht genannte „Paxe“ (Flieger-Jargon für Passagiere) auf Dienstreisen, ins Wochenende oder in die Ferien, bisweilen mit Kind und Kegel.

dto. + 2 Px	dto.
BM Genscher + 5 Px	BMI
dto. + 2 Px	dto.
BM von Dohnanyi + 1 Fx	BmBw
BM Vogel	BMST
BM Bahr + 2 Px	BmBA
BM Ertl + 1 Px	BML
BM Lauritzen + 1 Fx	BMV
Dr. Goppel + 2 Fx	BuKaPrä
dto. + 2 Px + BM Vogel	dto.
Sts Berkhan + 2 Px	L-3
6 Fx	L-4
Adm von Schmitt Hollenter + 3	L-6
Adm de Giorgi + 6 Px	L-6

Flugbuch der Luftwaffe: Zum Richtfest ...

Vor allem Innenminister Genscher, der selbst über eine, freilich weniger komfortable Hubschrauber-Flotte des Bundesgrenzschutzes gebietet, weiß den Luftservice seines Verteidigungskollegen Leber zu schätzen — nicht nur für Langstrecken.

Da sein Haus für den Sport verantwortlich zeichnet, buchte Genscher etwa 1972 kostspielige Staatsflüge zu den Fußballspielen der westdeutschen Nationalmannschaft gegen die Sowjet-Union in München und Brüssel. Und auch zum Europacup der Leichtathleten im September dieses Jahres in Edinburgh ließ sich Sportfan Genscher lieber mit der Bundeswehr als im Linien-Jet chauffieren.

Flugfreude zeigte nach Auskunft der Leber-Bücher ebenfalls Wissenschaftsminister Klaus von Dohnanyi. Gleich zweimal orderte er 1973 zum Flug nach Sylt einen Hansajet (Flugstunde: 2435

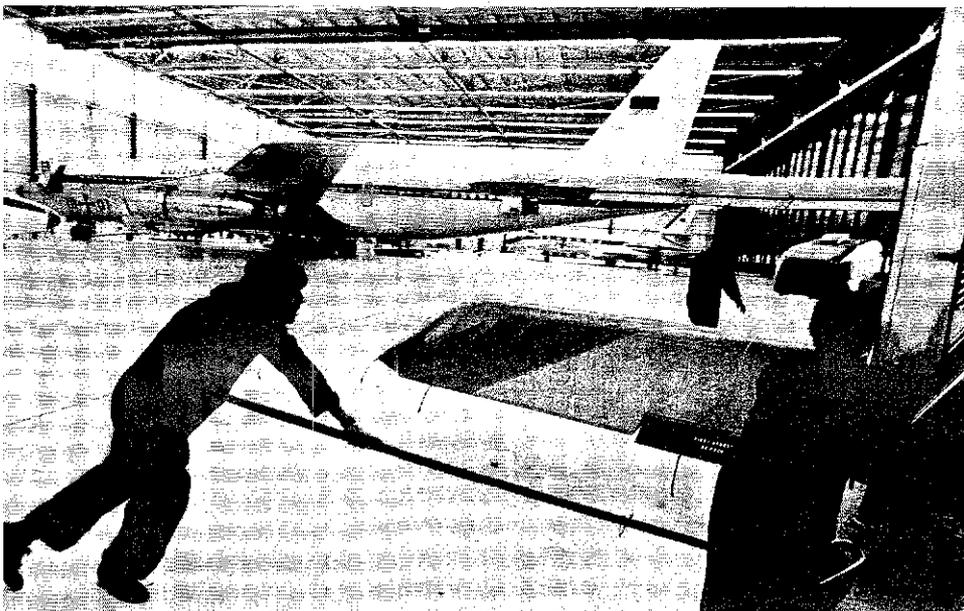
Mark) aus der Leber-Flotte — im März für den Osterurlaub mit Frau, im August für ein verlängertes Wochenende auf der Nordseeinsel. Dohnanyis Erklärung für den Sommer-Trip: Auf Sylt habe er mit dem Schriftsteller und Altphilologen Professor Walter Jens und Mitgliedern des Wissenschaftsrates Gespräche über das Hochschulrahmengesetz geführt.

Gegen seine Kabinettskollegen Egon Franke aus dem innerdeutschen Ressort und Bauernminister Josef Ertl freilich nimmt sich Dohnanyis Aufwand noch bescheiden aus. Für Amtsgeschäfte nimmt Franke die Dienste seines Kollegen vom Verteidigungsressort zwar kaum in Anspruch — er nutzt sie fast ausschließlich für seine Heimfahrten nach Hannover oder zur Urlaubsreise ins Sylter Feriendomizil. 51 Einsätze flogen die Leber-Piloten dennoch bis September allein für ihn.

Josef Ertl brachte es in derselben Zeit sogar auf 68 Staatsflüge — nicht nur nach Brüssel, Luxemburg, Belgrad, Paris und London, sondern auch zum Richtfest der Bundesanstalt für Fleischforschung ins fränkische Kulmbach.

Nicht weniger eifrigen Gebrauch machen die Leber-Leute selbst von ihrer Einrichtung: Der Minister liegt mit 40 Flügen nach Franke an dritter Stelle. Auch seine drei Staatssekretäre sind in der Flugliste häufig verzeichnet, ebenso der katholische Militärbischof Franz Hengsbach sowie höhere und niedere Chargen der Bundeswehr.

Anstoß erregten in der vertraulichen Ausschuß-Runde zudem größere Gruppenreisen der Militärs mit unklarem Reisezweck. 38 Px (Paxe) der Führungsakademie buchten Anfang September von Hamburg nach Paris, 17 von Hamburg nach Brüssel und 43 Px



... ins fränkische Kulmbach: Leber-Flugzeugpark in Köln-Wahn

des Marineführungsstabes vom Regierungsflughafen Wahn ins holsteinische Hohn. Spitz fragte SPD-MdB Peter Würtz: „Sind das Betriebsausflüge?“

Gänzlich undurchsichtig schließlich erschien den Prüfern die Zahlungsmoral der Passagiere. Mal beglich die Bundesbank die Rechnung ihres Präsidenten Karl Klasen, mal blieb sie offen. Mal zahlten Staatssekretäre, einer Anordnung des Verteidigungsministeriums gemäß, mal nicht, so der Kanzler-Gehilfe Karl Ravens für seine Heimfahrten nach Bremen oder auch Schmidt-Staatssekretär Karl Otto Pöhl.

Auch Ministerialrat Dilger vom Bundesrechnungshof, von den Ausschußmitgliedern als Berater geladen, konnte den Volksvertretern nicht weiterhelfen. Dilger beklagte sich, trotz ständiger Mahnung seiner Behörde habe das Verteidigungsministerium noch keine verbindlichen Richtlinien erarbeitet, wer unter welchen Bedingungen mit oder ohne Entgelt einen staatseigenen Jet benutzen darf.

Ordnung in den Wirrwarr soll nun der verantwortliche Minister bringen. Bis zum 30. Juni nächsten Jahres, so beschloß der Ausschuß, muß Georg Leber Rechenschaft über seinen Flugdienst geben.

HESSEN

Voller Mann

Für die nordhessischen Randgebiete zur DDR wird ein „Zonengrenzbeauftragter“ berufen — wahltaktischer Schachzug des SPD-Ministerpräsidenten Osswald.

Die Geheimwaffe des hessischen Regierungschefs Albert Osswald für die Landtagswahl im November 1974 hat die Kode-Nummer 02061. Entschlüsselt: Einzelplan 02 (Ministerpräsident) des staatlichen Nachtragshaushalts für 1974, Kapitel 061.

Mit dieser neuen Position im Etat der Staatskanzlei, der bisher mit Kapitel 05 (Landeszentrale für politische Bildung) endete, verlangt Osswald die Berufung eines Regionalregenten, der in einem Rand-Viertel des Landes Hessen repräsentieren, investieren und agitieren soll. Amtsbezeichnung: „Zonengrenzbeauftragter“.

Der Haushaltsausschuß des Landtags in Wiesbaden soll zunächst 165 600 Mark für die Installierung eines Regierungsvertreters mit solch überholtem Titel bewilligen. Begründung: „Für die schnelle und wirkungsvolle Lösung der im Zusammenhang mit dem Abschluß des Grundvertrages zwischen der BRD und der DDR im Grenzgebiet des Landes Hessen auftretenden Probleme“.

Die Grenze zwischen dem Bundesland Hessen und der DDR ist 268,7 Kilometer lang, als „Zonenrandgebiet“



Zonengrenzbeauftragter Weber
Mit B 6 für Stimmung und Stimmen?



(„Hessen-ABC“ der Landesregierung) gilt ein 40 Kilometer breiter Streifen mit 950 000 Bewohnern auf 5878 Quadratkilometer Fläche — ein Fünftel der Landesbevölkerung, ein Viertel der Landesgröße.

Diese Nordost-Region mit den Städten und Kreisen Fulda und Kassel sowie den Landkreisen Eschwege, Hersfeld-Rotenburg, Melsungen, Witzenhäusen, Schlüchtern und dem früheren Kreis Lauterbach ist zugleich ein wirtschaftlich unterentwickelter Landesteil, dessen Bürgermeister und Landräte seit vielen Jahren um Industrie und Investitionen, um Arbeitsplätze und Steuervergünstigungen fechten.

Die strukturschwachen, verkehrsfernen und vorwiegend landwirtschaftlich genutzten Grenzbezirke sind aber auch fast identisch mit jenen sieben Landtags-Wahlkreisen, in denen die CDU bei der vorigen Wahl, am 8. November 1970, happige Stimmengewinne und drei Direktmandate erzielen konnte. So steigerte sich die Partei des CDU-Landesvorsitzenden Alfred Dregger im Wahlkreis Melsungen und Witzenhäu-

sen von 18,6 auf 33,7 Prozent, im Wahlkreis Kassel-Land von 15,5 auf 26,2 und im Wahlkreis Schlüchtern und Fulda-Land-Süd von 42,3 auf 53,3 Prozent.

Obschon der CDU-Zuwachs damals vor allem zu Lasten von NPD und FDP ging, mußte doch auch die SPD bis zu sechs Prozentpunkte abgeben — ein Ergebnis, das SPD-Ministerpräsident Osswald nicht aus den Augen verloren hat. Die hessische SPD, bereits 1970, nach dem Verlust der absoluten Mehrheit, auf die FDP als Regierungshilfe angewiesen, muß 1974 weitere Einbußen in dieser national ausgerichteten, bäuerlich besiedelten rechten Landesecke befürchten.

Mit dem dünnen Argument einer örtlichen Bewältigung des Grundvertrages werden die wahren Motive der Beauftragten-Bestellung nur kaschiert. Um die Abwicklung der Vertragsfolgen in der Provinz kümmert sich ohnehin eine „Gemischte Grenzkommission“ von BRD und DDR, die sich von Schleswig-Holstein her über Niedersachsen bereits auf Hessen zubewegt.

Der Wiesbadener Vize-Regierungssprecher Hans Pippert räumt denn auch ein, daß „ein voller Mann“ (Osswald) für den vernachlässigten Landesteil „natürlich nicht nur wegen des Maßnahmen-Katalogs für die Grenzkommission vonnöten“ sei. Vielmehr soll sich der hessische „Zonengrenzbeauftragte“ (Pippert: „Beauftragter für das Zonenrandgebiet oder für das Grenzgebiet zur DDR ist so umständlich“) auch für Wirtschaftsförderung, Umweltschutz und Energie-Erschließung einsetzen — für „Stimmung und Stimmen“, wie ein CDU-Bürgermeister formuliert.

Damit weckt ausgerechnet Osswald eine Institution zu neuem Leben, die er selber beim Regierungsantritt im Oktober 1969 schnell und still hatte absterben lassen. Jetzt jedoch sorgt sich der Partei- und bereits wieder designierte Regierungschef rechtzeitig um die Wähler zwischen Hohem Meißner und Wasserkuppe.

Als „Partner für alle Probleme dort oben“ (Pippert) hat er keinen Volkswirt, Finanzfachmann, Juristen oder Verwaltungsexperten auserkoren, sondern einen verdienten Genossen, der, im Gegensatz zu fast allen anderen SPD-Kandidaten, seinen nordhessischen Wahlkreis Waldeck 1970 mit 43,3 Stimm-Prozenten (1966: 43,6) fast ungeschoren halten konnte: Hans-Otto Weber aus Korbach (Nordhessen), Vizepräsident des Landtags.

Der ehemalige Volksschullehrer, Abgeordneter seit 1958, rückt als „Zonengrenzbeauftragter“ gleich in die Besoldungsgruppe B 6 (Ministerialdirigent) auf. Auskunft der Staatskanzlei, ob sich ein Sozial- oder Freidemokrat an dem abgenützten Etikett für die Mixtur von Propaganda und Pfründe gestoßen habe: „Nein.“